

Energie-Control Austria  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn  
Mag.TÜ/WEv

Klappe (DW) Fax (DW)  
39202

Datum  
20.11.2019

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 – Novelle 2020)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des Entwurfs und nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2020 anzuwendenden Entgelte für die Systemnutzung der österreichischen Stromnetze (§ 49 EIWOG 2010) auf der Basis der Kosten- und Mengenermittlungen.

Aus der Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes liegen die wichtigsten Regulierungsziele der Gasnetze in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit, der Leistbarkeit von Energie, des kosteneffizienten Netzbetriebes mit ausreichenden Investitionsanreizen, die Bedachtnahme auf gesamtwirtschaftliche und klimapolitische Ziele und insbesondere auf eine faire Lastenverteilung.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund muss leider feststellen, dass wichtige für die Beurteilung notwendige Informationen und Erläuterungen nicht vorliegen:

- Ursachen für die Kostenentwicklungen in den einzelnen Netzgebieten, insbesondere bei starken Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.
- Ursachen und Hintergründe über die substantiellen Anpassungen im Leistungspreis.
- Hintergründe für die fehlenden Anpassungen beim Netznutzungsentgelt der Pumpspeicherkraftwerke als auch im Netznutzungsentgelt der Regelreserve.

Weiters ist die exakte Erläuterung der Feststellung der Höhe der Systemdienstleistungsentgelte erforderlich, weil aufgrund der EU-Verordnung zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätssystem, nunmehr lediglich die Kosten für die Bereithaltung der Leistung berücksichtigt sind. Entgegen den

Ausführungen in den Erläuterungen zu den Systemdienstleistungsentgelten erfolgt in der gegenständlichen Verordnung nicht eine geringe Aktualisierung des Entgeltes des Vorjahres, sondern eine signifikante Reduktion des Entgelts.

Die vorgesehene Erhöhung der Leistungspauschale für Haushalte um 20 % ist ohne eine stichhaltige Begründung nicht gerechtfertigt und abzulehnen. Sie betrifft überdies insbesondere einkommensschwache Haushalte überproportional.


Hinsichtlich der Netznutzungsentgelte für Regelreserve vertritt der Österreichische Gewerkschaftsbund die Auffassung, dass zu überprüfen ist, ob das für Pumpspeicherkraftwerke seit Jahren in der Höhe unverändert gebliebene Entgelt für Leistung noch der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers entspricht.

Pumpspeicherkraftwerken kommt aufgrund ihrer Speichermöglichkeiten eine wichtige Rolle bei der Netzstützung zu.

Hinsichtlich des Netznutzungsentgeltes für Anbieter von Regelenergie für die erbrachte Arbeit fehlt die Anpassung an die Entgelte für Pumpspeicherkraftwerke. In den Erläuternden Bemerkungen zur SNE-VO 2015 findet sich die Begründung, dass die Anbieter von Regelenergie die gleiche Dienstleistung erbringen wie Pumpspeicherkraftwerke. Daher ist ihnen auch das Entgelt in der gleichen Höhe zu verrechnen.

Im § 9 lit a bis lit c wird das Systemdienstleistungsentgelt für das Einspeisen, einschließlich Kraftwerkparcs, mit einer Anschlussleistung von mehr als fünf MW angepasst. Die vorgenommenen Anpassungen sind aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes weder transparent noch nachvollziehbar dargestellt, da es sich aufgrund der EU Verordnung zur Festlegung einer Leitlinie über den Systemausgleich im Elektrizitätssystem um eine grundsätzliche Änderung der bisherigen Berechnungssystematik des Systemdienstleistungsentgeltes handelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

  
Wolfgang Katzian  
Präsident



  
Mag.<sup>a</sup> Ingrid Reischl  
Leitende Sekretärin